

**Pensionierten Verein
Gewerkschaft Syndicom
Region Basel**

Protokoll der Monatsversammlung vom 7. September 2026

Vorsitz:	Hans Preissig
Beginn:	14.30 Uhr, Restaurant Bundesbahn
Anwesend:	30 Mitglieder
Entschuldigt:	Jean-Luis Courtet, Eveline Walker, Peter Rymann, Joe Nay, Maria Bürgi, Gerhard Friederich, Robert Müller, Hans-Ulrich Rudolf, Vreni Stalder, Thomas Plattner

Begrüßung:

Ich begrüße Euch herzlich zur September-Versammlung. Ich hoffe Ihr habt diesen doch aussergewöhnlich heissen Sommer gut überstanden. Vielleicht hat dies einige Personen doch darüber nachdenken lassen, dass in Zukunft eine Dürre auch in Europa möglich ist.

Die Politik ist im Sommer nicht still geblieben und hat einige nicht gerade Arbeitnehmerfreundliche Entscheidungen getroffen.

Die Lebenshaltungskosten steigen seit Jahren kontinuierlich an. Mieten, Krankenkassenprämien, Energie und Lebensmittel werden immer teurer. Gleichzeitig bleiben die Renten der Pensionskasse Post unverändert. Die Folge ist ein schleichender Kaufkraftverlust, der viele Pensionierte zunehmend belastet.

Deshalb lanciert syndicom eine Petition mit einer klaren Forderung:

Die Pensionskasse Post soll endlich einen Teuerungsausgleich auf den Renten gewähren. Ich gebe diese Petition zum unterschreiben gleich weiter. Diese kann jede Person unterschreiben, egal an welchem Ort oder Er bzw. Sie wohnt. Also Alle auf dem gleichen Blatt.

Etwas anders sieht es beim Referendum zum Mindestlohn statt. Hier muss für jede Gemeinde ein separates Blatt erstellt werden. Basel und Riehen habe ich schon mal vorbereitet. Wer in einer anderen Gemeinde wohnt diese Gemeinde bitte noch einschreiben.

Woron geht es?

Einige Kantone haben einen Mindestlohn eingeführt.

Die bürgerliche Mehrheit im Eidgenössischen Parlament hat beschlossen, dass kantonale und kommunale Mindestlöhne nicht mehr gelten sollen. Mit diesem „Lohn-Angriff“ sollen Mindestlöhne nicht mehr für alle Arbeitnehmenden gelten – selbst, wenn Kantone oder Gemeinden das Gegenteil beschlossen haben. Das heisst wenn bei einem GAV Löhne vorgesehen sind welche unter dem Mindestlohn liegen, dann haben diese kleinere Löhne den Vorrang.

Der Lohn-Angriff setzt ein gefährliches Zeichen. So wichtig Gesamtarbeitsverträge für Arbeitnehmende auch sind: Als privatrechtliche Vereinbarungen dürfen sie nicht über demokratisch beschlossenen Gesetzen stehen. Das verletzt die Grundsätze von Rechtsstaat und Verfassung. Volksentscheide müssen gelten. Deshalb ergreifen Gewerkschaften und Parteien das Referendum gegen den Lohn-Angriff.

Stimmenzähler: Bucher Josef, Furrer Claudia

Protokoll: Das Protokoll vom Juni 2026 , verfasst von Hansruedi Christen wird genehmigt und ist auf der Webseite publiziert

Mutationen:

Eintritte:
Gyr Stefan Maria
Dreyer Dominique

Austritte: -
Todesfälle: -

Geburtstagjubilare Juli -Sept. 26 : Hofer Heinz (85), Ballmer Willi (75),
Kurmann Paul (90), Wyden Paula (90),
Wiederkehr Werner (80), Binkert Walter (75),
Mundwiler Kurt (80), Holzscheiter Elisabeth (80),
Achermann Rolf (85), La Torre Annelise (75),
Trösch Othmar (80), Fischer Markus (75),
Arrigo Myrta (80), Holzer Andre (75),
Walter Hans (80),

Total Mitglieder

Am 6. September 2026: 295

Infos Hans

Sektor Logistik und syndicom allgemein.

Die Zentrale verlangt alle bestehenden Rückstellungen aufzulösen. Daher fliessen 30'000.- Fr. aus der Streikreserve zum Kapital bis 2014.

In einer Mail von Matteo Antonini geht es um eine Investition in das Basler Gewerkschaftshaus. Die Sektion wurde angefragt, ob sie ein Darlehen gewähren kann. Die Sektion hat schon 260'000 Fr. der Zentrale geliehen. Weitere Darlehen liegen darum nicht drin. Die Umfrage zum Gesamt-Arbeitsvertrag-Post läuft. Syndicom hat ein Antrag auf Verlängerung des bestehenden GAV eingereicht. Die Post wird wohl nicht darauf eingehen. Planzer kündigt GAV auf Ende Jahr. Änderung des Sektionsreglementes: Abschaffung der Geschäftsprüfungskommission. Gemäss Mitteilung der Rechtsabteilung muss das Reglement nicht erst der Jahresversammlung vorgelegt werden, sondern kann direkt dem Zentralvorstand vorgelegt werden und muss von diesem abgesegnet werden.

Politik allgemein

Im Dezember wird die 13. AHV-Rente erstmals ausbezahlt. Zur Finanzierung soll die Mehrwertsteuer angehoben werden. Die Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozent ist ein Kompromiss welcher das Parlament beschlossen hat. Leider wurde der Vorschlag auch die Lohnbeiträge um 0,2 Prozent zu erhöhen vom Parlament abgelehnt. Der reduzierte Satz auf die Güter des täglichen Bedarfs wie zum Beispiel Lebensmittel, Zeitungen und Bücher wird nicht erhöht. Der Alltag ist also nicht betroffen. Erhöht wird der Satz auf Konsum- und Luxusgüter. Bei einem durchschnittlichen Einkommen zahlt man künftig ca. 70 Franken mehr. Dafür erhält man im Pensionsalter jedes Jahr 1800 Franken mehr Rente. Das ist ein super Preis-Leistungs-Verhältnis. Deshalb im November unbedingt Ja zur Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Nur 60 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen stammen von privaten Konsument:innen. Oft wird vergessen, dass auch Immobilienbesitzer, Banken und Versicherungen die Mehrwertsteuer zahlen, sie diese aber nicht direkt weitergeben können. Rund zehn Prozent der Mehrwertsteuer zahlen zudem ausländische Tourist:innen in der Schweiz. Die AHV ist das solidarischste Sozialwerk der Schweiz. Auch UBS-Chef Ermotti erhält nicht mehr als die Maximalrente. Dank Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sind die Frauen nicht benachteiligt. Selbst wenn die AHV über die Mehrwertsteuer finanziert wird, ergibt sich immer noch eine Umverteilung von oben nach unten. Seit 2015 sind die Neurenten der 2. Säule real um 15 Prozent gesunken, obwohl die Pensionskassen über mehr als 14 Milliarden Franken an ungenutzten freien Mitteln verfügen.

Die Pensionskassen stehen finanziell sehr gut da und erzielen zwischen 2020 und 2025 eine kumulierte Rendite von fast 18 Prozent. Trotzdem haben sie ihre Leistungen gekürzt: Der Umwandlungssatz wurde innerhalb von zehn Jahren von 6.13 auf 5.26 Prozent gesenkt, und die Altersguthaben wurden über Jahre hinweg zu tief verzinst. Dieses Missverhältnis muss ein Ende haben.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund stellt deshalb drei konkrete Forderungen: Renten erhöhen – durch höhere Umwandlungssätze oder eine 13. PK-Rente. BVG-Mindestzins auf drei Prozent anheben – zwei Prozent ordentlicher Zins plus ein Prozent Nachholzins, um die in den vergangenen Jahren entstandene Lücke auszugleichen.

Versicherte mobilisieren – gemeinsam mit dem PK-Netz soll der SGB eine Informationskampagne lancieren. Sie soll die Versicherten von besonders geizigen Pensionskassen, etwa Swiss Life und Tellco, dazu ermutigen, einen Wechsel einzufordern.

Während die unteren und mittleren verfügbaren Einkommen zwischen 2016 und 2025 leicht gesunken sind, haben die Bestbezahlten am Ende des Monats deutlich mehr zur Verfügung als noch 2016. Dabei haben Frauen nach wie vor ein deutlich geringeres Einkommen als Männer. Die Hälfte aller Frauen verdient weniger als 5'000 Franken, während die Hälfte der Männer weniger als 7'000 Franken verdient. Je höher die Einkommensklasse, desto grösser wird dieser Lohnunterschied. Damit das Ungleichgewicht bei der Lohnentwicklung korrigiert wird, braucht es eine Wende in der Lohnpolitik. Die unteren und mittleren Reallöhne müssen deutlich stärker steigen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass viele Arbeitgeber in den Lohnverhandlungen frühere Selbstverständlichkeiten wie den Teuerungsausgleich oder die Beteiligung der Arbeitnehmenden am Wirtschaftswachstum über Bord geworfen haben. Das braucht eine härtere gewerkschaftliche Antwort. Der automatische Teuerungsausgleich muss

wieder selbstverständlich werden. Wer eine abgeschlossene Lehre hat, muss bei einem Vollzeitpensum mindestens 5'000 Franken pro Monat verdienen. Generell soll es in der Schweiz künftig keine Vollzeit-Löhne unter 4'500 Franken mehr geben. Auch in der Steuer- und Abgabepolitik braucht es eine Wende. Statt die Steuern weiter zu senken, sollen die Kantone die Krankenkassenprämien spürbar verbilligen – wie es das Volk mit dem 2026 in Kraft getretenen Gegenvorschlag zur Prämientlastungsinitiative beschlossen hat. Nur zwei Wochen später kündigt SVP-Übervater Christoph Blocher die Neutralitätsinitiative an. Ihr Kern: Schweizer Sanktionen gegen das Putin-Regime sollen künftig verunmöglicht werden. Sanktionen wären nur noch dann zulässig, wenn sie vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen würden. Russland verfügt dort allerdings über ein Vetorecht. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Im Falle einer Annahme dieser Initiative sollten keine weiteren Sanktionen möglich sein, bestehende Sanktionen müssten sogar aufgehoben werden. Würde die Initiative angenommen, verlöre die Schweiz jeden eigenständigen Handlungsspielraum bei künftigen Konflikten. Sanktionen gegen kriegführende oder autoritäre Regime wären nur noch möglich, wenn sich der UNO-Sicherheitsrat einig ist – was angesichts der Vetomacht Russlands und Chinas in den meisten Krisenfällen ausgeschlossen ist. Die Schweiz würde damit zum einzigen Land in Europa, das Oligarchen, Kriegsprofiteuren und autoritären Regimes wieder uneingeschränkten Zugang zum eigenen Finanzplatz gewährt.

Infos des Wander/Reiseleiters

Am Sommerhock in Buckten waren 40 Personen anwesend (26. Juli 26)

Die nächste Wanderung findet am 15. Oktober statt. Sie führt vom Aeschenplatz in Basel nach Birsfelden zum Restaurant Hard.

Verschiedenes

Der Vereinsvorstand hat auch im Jahr 2026 die Vereins-Jubilierenden welche in diesem Jahr 20, 25 und 30 Jahre lang Vereinsmitglied sind zu einer kleinen Feier mit einem "Zvieri" im Stadtkeller in Basel eingeladen. Eingeladen wurden 13 Personen.

Entschuldigt haben sich 8.

Anwesend war sage und schreibe 1 Person. Es war allerdings sehr heiss und so haben sich Mitglieder welche eigentlich teilnehmen wollten kurzfristig entschieden zu Haus zu bleiben.

Nächstes Jahr werden wir diese Veranstaltung nochmals durchführen. Sollte das Interesse auch im nächsten Jahr so klein sein werden wir das überprüfen.

Die Einladung zum Pensionierten-Treffen der Post ist eingetroffen. Ich hoffe Ihr habt die Einladung erhalten.

Es findet an folgenden Tagen statt:

Jeweils Donnerstag 15./22. und 29. Oktober um 11:15 Uhr im Restaurant Safranzunft in Basel. Am 15. Oktober findet unsere Wanderung statt, also bleibt für uns eher der 22.

oder 29. Oktober.

Jetzt komme ich noch zu 2 Konsultativabstimmungen.

Bei der ersten Abstimmung geht es um den Taschenkalender. Die Zentrale möchte diesen am liebsten abschaffen, weil deren Herstellung relativ teuer ist. Ausserdem arbeiten heute die meisten mit dem elektronischen Kalender auf dem Handy. Bevor ich zur Abstimmung komme möchte ich dazu eurer Meinung hören. Ich werde das Abstimmungsergebnis an die Zentrale weiterleiten und Hanspeter wird es sicher auch im VS der Pensionierten erwähnen.

Abstimmung:

Wer kann auf den Kalender verzichten? 9

Wer möchte ihn behalten? 13

Mir ist es egal? Stimmfreigabe 2

Danke.

Jetzt komme ich zur zweiten Konsultativabstimmung.

Sie betrifft den Standpunkt. Auch deren Herstellung ist relativ teuer. Zurzeit übernimmt die Zentrale diese Kosten. Wie lange das so bleibt ist natürlich offen.

Es gibt Bestrebungen in Zukunft den Standpunkt nur noch per Mail zu versenden.

Der Versand per Post würde nicht mehr erfolgen.

Auch dazu möchte ich eure Meinung hören. Wem darf ich das Wort geben?

Abstimmung:

Der Versand per Post muss beibehalten werden? Einstimmig

Ich kann mit dem Versand per mail leben? -

Mir egal. -

Nächste Monatsversammlung : 5. Oktober 2026

Schluss der Versammlung: 15.27 Uhr

Fürs Protokoll:

Christen Hansruedi